

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen am Mittwoch, 16.09.2009, 16:00 Uhr, im Rathaus I, großer Sitzungssaal.

Anwesend:

Ausschussvorsitzende:	Ilonka Etzold
Ausschussmitglieder:	Erich Hillebrand Jörn Kickler Kurt Klose (außer TOP 1.1) Bernd Köhler Walter Langer
stellv. Ausschussmitglieder:	Dirk Brumund Jens-Olaf Fianke Peter Tischer
Ratsmitglieder:	Ingo Langer (außer TOP 1.1) Georg Ralle (zeitweise)
von der Verwaltung:	Rolf Heeren Friedhelm Michaelis Jens Neumann Rainer Rädicker
Gäste:	Christian Andresen (stag Stadtbau GmbH)

Zu Beginn der Sitzung wird der dieser Niederschrift anliegende Antrag der CDU-Fraktion auf Änderung der Tagesordnung beraten. Danach wird beantragt, die Tagesordnung wie folgt zu ändern:

- der Tagesordnungspunkt 2.3 im öffentlichen Teil „Wirtschaftsplan der Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2009“ wird gestrichen,
- im nichtöffentlichen Teil wird der Tagesordnungspunkt „Beratung über den Wirtschaftsplan 2009 der Anna und Diederich Bremer-Stiftung“ - neu aufgenommen.

Die weiteren den Ausschussmitgliedern vor der Sitzung des Fachausschusses übersandten Unterlagen – Gegenüberstellung der Bilanzwerte 31.12.2008/31.12.2007 des Alten- und Pflegeheimes Langendamm der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung, die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) auf den 31.12.2008 des Alten- und Pflegeheimes Langendamm der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung sowie die Entwicklung der GuV Januar – August 2009 des Alten- und Pflegeheimes Langendamm der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung – sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Über die Notwendigkeit der Behandlung des Tagesordnungspunktes in nichtöffentlicher Sitzung wird im Ausschuss kontrovers diskutiert. Es herrscht Einvernehmen, die wirtschaftliche Entwicklung des Altenheimes Langendamm über die Verabschiedung des Wirtschaftsplanes 2009 hinaus intensiv zu beraten. Gleichwohl wird im Ausschuss die Meinung vertreten, dass

eine vertiefte Beratung des Wirtschaftsplanes 2009 unter Hinzuziehung des noch nicht bestätigten Ergebnisses des Jahres 2008 keine grundlegende Änderung des Zahlenwerks zur Folge hätte und daher der Beschluss des Wirtschaftsplanes durchaus in der heutigen Sitzung erfolgen könne.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:

- der Tagesordnungspunkt 2.3 im öffentlichen Teil „Wirtschaftsplan der Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2009“ wird gestrichen,
- im nichtöffentlichen Teil wird der Tagesordnungspunkt 1.1 - „Beratung über den Wirtschaftsplan 2009 der Anna und Diederich Bremer-Stiftung“ - neu aufgenommen.

Ja: 7 Nein: 2
damit mehrheitlicher Beschluss

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Anträge an den Rat der Stadt
- 2.1 Jahresrechnung 2008 der Stadt Varel; hier: Entlastungsverfahren
- 2.2 Jahresrechnung 2008 der Grosse-Stiftung; hier: Entlastungsverfahren
- 3 Stellungnahmen für den Bürgermeister
Kein Tagesordnungspunkt
- 4 Zur Kenntnisnahme
- 4.1 Fortschritt der Konsolidierung des städtischen Haushalts
- 4.2 Ablehnung des Antrages der Stadt Varel auf Gewährung von Bedarfszuweisungen
- 4.3 Entwicklung des Haushaltsjahres 2009
- 4.4 Umsetzung des Konjunkturpaktes II
- 4.5 Ausblick auf das Haushaltsjahr 2010
- 4.6 Termine zur Beratung des Haushalts 2010

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde wurde abgehalten.
Es gab keine Fragen.

2 Anträge an den Rat der Stadt

2.1 Jahresrechnung 2008 der Stadt Varel; hier: Entlastungsverfahren

Der Bürgermeister hat die Vollständigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnung 2008 nach Maßgabe des § 100 Absatz 3 NGO festgestellt. Der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Varel über die Jahresrechnung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2008 wurde vom Bürgermeister beantwortet. Ablichtungen des Schlussberichtes und der Stellungnahme zu diesem Bericht sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt. Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Varel hat gegen eine Entlastungserteilung durch den Rat der Stadt Varel keine Bedenken.

Ratsherr Tischer bittet um eine Aufstellung der Personalkosten für das Haushaltsjahr 2008. Die mittelfristige Entwicklung der städtischen Finanzen sei besorgniserregend, das kumulierte Haushaltsdefizit werde in den nächsten Jahren stetig steigen.

Die Verwaltung sichert die kurzfristige Bereitstellung der Personalkosten 2008 zu.

Ratsherr Hillebrand kritisiert, dass die Stadt Varel nach außen vielfach als „pleite“ dargestellt werde, damit solle man aufhören. Mit solchen Äußerungen könne man sehr leicht Investoren verschrecken und dies könne nicht im Sinne derer sein, die Verantwortung für die Stadt tragen.

Beschluss:

Die Jahresrechnung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2008 wird gem. § 101 NGO beschlossen. Unter Bezugnahme auf den Entlastungsvorschlag des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Varel wird dem Bürgermeister vorbehaltlos Entlastung gem. § 101 NGO erteilt.

Einstimmiger Beschluss

2.2 Jahresrechnung 2008 der Grosse-Stiftung; hier: Entlastungsverfahren

Der Bürgermeister hat die Vollständigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnung 2008 der Kommunalen Stiftung Grosse-Stiftung gem. § 19 Abs. 2 des Niedersächsischen Stiftungsgesetzes in Verbindung mit den §§ 103 Abs. 1 und 100 Abs. 3 NGO festgestellt. Der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Varel über die

Prüfung der Jahresrechnung der Grosse-Stiftung wurde durch den Bürgermeister beantwortet. Ablichtungen des Schlussberichtes und der Stellungnahme des Bürgermeisters zu diesem Bericht sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt. Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Varel hat gegen eine Entlastungserteilung durch den Rat der Stadt Varel keine Bedenken.

Beschluss:

Die Jahresrechnung der Kommunalen Stiftung Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2008 wird gem. § 19 Abs. 2 des Niedersächsischen Stiftungsgesetzes in Verbindung mit den §§ 103 Abs. 1 und 101 Abs. 1 NGO beschlossen. Unter Bezugnahme auf den Entlastungsvorschlag des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Varel über die Prüfung der Jahresrechnung der Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2008 wird dem Bürgermeister vorbehaltlos Entlastung gem. § 19 Abs. 2 des Niedersächsischen Stiftungsgesetzes in Verbindung mit den §§ 103 Abs. 1 und 101 Abs. 1 NGO erteilt.

Einstimmiger Beschluss

3 Stellungnahmen für den Bürgermeister

Kein Tagesordnungspunkt

4 Zur Kenntnisnahme

4.1 Fortschritt der Konsolidierung des städtischen Haushalts

Ausschussvorsitzende Frau Etzold gibt einen Überblick über die bisher umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen, darunter

- das zeitweise Abschalten der Straßenbeleuchtung
- die Erhöhung der Mieten für die stadteigenen Wohnungen
- Personalkosteneinsparungen im Freibad durch den Einsatz von DLRG-Kräften und des verringerten Einsatzes des Mitarbeiters für die Grünflächenbewirtschaftung
- Einsparungen beim Kauf des Löschfahrzeugs für die Ortswehr Varel

Die Verwaltung ergänzt, dass die beschlossene Mieterhöhung zum 01.11.2009 umgesetzt wird.

Ratsherr Tischer fordert mehr Nachhaltigkeit in den Konsolidierungsbemühungen, um die geplanten Ziele für 2010 zu erreichen. So zeichne sich bereits ab, dass das geplante Einsparvolumen im Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast in Höhe von 500.000 EUR wohl nicht zu realisieren sei. Einsparvorschläge müssten auch aus der Verwaltung kommen, da die Mehrheit der Ratsmitglieder kaum einen Einblick in die operative Verwaltung habe. Ein Katalog an Einsparmöglichkeiten werde sich vorwiegend aus vielen kleinen Einzelbeträgen zusammensetzen, spektakuläre Einzelbeträge werden kaum zu finden sein.

Ratsherr Hillebrand kritisiert, dass die Einsparungen im Zuge der Anschaffung des Löschfahrzeugs für die Ortswehr Varel als Ergebnis der Konsolidierungsbemühungen verkauft werden, vielmehr seien diese das Ergebnis der konkreten Ausschreibung und der Kaufverhandlungen.

4.2 Ablehnung des Antrages der Stadt Varel auf Gewährung von Bedarfszuweisungen

Die Verwaltung gibt bekannt, dass der Antrag der Stadt Varel auf Gewährung einer Bedarfszuweisung vom Land Niedersachsen abgelehnt wurde. Der Grund ist die zu hohe Steuereinnahmekraft der Stadt Varel. Der ablehnende Bescheid des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres, Sport und Integration ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

4.3 Entwicklung des Haushaltsjahres 2009

Die Verwaltung gibt einen Überblick über die bisherige Entwicklung des Haushaltsjahres 2009.

Der strukturelle Fehlbedarf für das Jahr 2009 wird sich nach derzeitigem Stand auf 4,3 Mio. EUR belaufen. Im Haushalt war noch von einem Fehlbedarf von 1,7 Mio. EUR ausgegangen worden.

Negativ beeinflusst wird die Entwicklung im laufenden Jahr von Mindereinnahmen bei der Konzessionsabgabe für Strom und Gas in Höhe von rund 300.000 EUR. Grund ist die Verringerung der Einwohnerzahl der Stadt Varel auf unter 25.000.

Positiv ist die Entwicklung hingegen am Kreditmarkt, aufgrund des niedrigen Zinsniveaus können die Zinsausgaben für den Kassenkredit um voraussichtlich 300.000 EUR reduziert werden.

4.4 Umsetzung des Konjunkturpaktes II

Die Umsetzung der im 1. Nachtrag zum Haushaltsplan 2009 beschlossenen Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpaktes II schreitet voran. Einige Projekte konnten bereits in den Sommerferien realisiert werden, andere folgen in den Herbstferien bzw. im kommenden Jahr. Die Aufträge werden derzeit erteilt.

Ratsherr Hillebrand bittet in diesem Zusammenhang um eine Aufstellung aller Maßnahmen, die den Vermögenshaushalt zukünftig belasten. Für kommende Projekte bräuchte man eine verlässliche Grundlage, was sich die Stadt Varel finanzpolitisch noch leisten könne. Als Beispiel sei hier die Diskussion um die Sanierung der Innenstadt zu nennen.

4.5 Ausblick auf das Haushaltsjahr 2010

Das Land Niedersachsen hat in den aktuell veröffentlichten Orientierungsdaten zum kommunalen Finanzausgleich bekannt gegeben, dass im Jahr 2010 mit einem massiven Rückgang der Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich um rund 20 % gegenüber dem Jahr 2009 zu rechnen ist. Ebenso ist mit einem durchschnittlichen Rückgang des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer von 10 % gegenüber 2009 auszugehen. Für die Stadt Varel bedeutet diese Entwicklung Mindereinnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich in Höhe von rund 1,0 Mio. EUR sowie Mindereinnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer von rund 500.000 EUR.

4.6 Termine zur Beratung des Haushalts 2010

Die Verwaltung schlägt zur Beratung des Haushalts 2010 folgende Termine vor:

11. Nov. 2009: Beratung im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen

25. Nov. 2009: Beratung (und Beschlussfassung) im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen

03. Dez. 2009: Beratung (und Beschlussfassung) im Verwaltungsausschuss

10. Dez. 2009: Beratung (und Beschlussfassung) im Rat

Ein erster doppischer Haushalt wird für das Haushaltsjahr 2011 vorgelegt.

Zur Beglaubigung:

gez. Ilonka Etzold
(Vorsitzende)

gez. Jens Neumann
(Protokollführer)